

# Kopfprämie für erschossene DDR-Flüchtlinge

**Politologe Appelius untersucht Fluchtversuche an bulgarischer Grenze / Soldaten erhielten angeblich 8000 Mark**

**Berlin** (dpa/tom). Die DDR soll für ostdeutsche Flüchtlinge, die an der bulgarischen Grenze erschossen wurden, Kopfprämien von umgerechnet 8000 Ost-Mark gezahlt haben. Er schätze, dass etwa 100 Menschen an der Grenze im DDR-„Bruderland“ Bulgarien getötet wurden, sagte der Politologe Stefan Appelius von der Universität Oldenburg der Zeitschrift Super-Illu. Mindestens 4800 Ostdeutsche hätten während der DDR-Zeit versucht, von Bulgarien aus in die Türkei oder nach Griechenland zu fliehen. 3 bis 3,5 Prozent dieser Fluchten seien geglückt, so der Politologe, der ein Forschungsprojekt „Tod in Bulgarien“ leitet. Appelius sagte unter Berufung auf Aussagen ehemaliger bulgarischer Botschaftsmitarbeiter, dass die DDR-Botschaft in Sofia für jeden an den bulgarischen Grenze Getöteten eine Prämie gezahlt habe. Die bulgarische Regierung halte bis heute Unterlagen zurück. Es gebe dort kein Interesse, die Staatsverbrechen des kommunistischen Regimes aufzuklären. Ein früherer bulgarischer Minister habe jedoch 1992 berichtet, dass bulgarische Grenzsoldaten 36 Ausländer erschossen hätten. „Das waren überwiegend DDR-Bürger.“ Bulgarische Sicherheitsbeamte seien mit „einer Brutalität, dass einem einfach der Atem stockt“ vorgegangen, so Appelius gegenüber dieser Zeitung. „Fluchtversuche von DDR-Bürger seien „mit Maschinengewehren verhindert“ worden. Wer versuchte, die Grenzanlagen zu überwinden, sei bei Entdeckung fast immer auf eine Entfernung von 80 bis 200 Meter erschossen worden. In der Regel habe das Opfer vier bis fünf Einschüsse aufgewiesen. Appelius hofft weiter auf Entgegenkommen der Bulgaren: „Die EU ist für Bulgarien die wunderbare Chance, Dinge, die bislang unter den Teppich gekehrt wurden, zur Sprache zu bringen. Auch ist wichtig, der heutigen Generation die Gesichter der Opfer zu zeigen.“ Auch der Bundesregierung warf Appelius wegen „wirtschaftlicher Gründe“ wenig Interesse an der Aufklärung der Todesfälle vor. „Man will keinen Ärger mit dem EU-Partner Bulgarien. Deutsche Unternehmen machen dort unten ganz gute Geschäfte“, zitierte die Super Illu den Politikwissenschaftler. Diese Toten würden bis heute nicht als Opfer totalitärer Gewaltherrschaft gelten, sondern nur als im Ausland verstorbene DDR-Bürger. In der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen hieß es, es werde zwar die Flucht von DDR-Bürgern seit längerem erforscht. Von der Zahlung von Prämien für erschossene DDR-Flüchtlinge in Bulgarien wüssten die Forscher aber nichts, sagte Sprecher Andreas Schulze.

OAZ 27.3.08